



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzungsdatum: Donnerstag, 30.01.2014
Beginn: 09:05 Uhr
Ende: 10:35 Uhr
Ort: Sitzungszimmer des Landratsamtes Kronach

Anwesend sind:

Landrat

Marr, Oswald bis 10:30 Uhr

stellv. Landrat

Wunder, Gerhard Vorsitz ab 10:30 Uhr

Mitglieder CSU-Fraktion

Hausmann, Heinz
Seubold, Barbara Vertreterin für Petra Öhring
Wunder, Michael

Mitglieder SPD-Fraktion

Pohl, Ralf Dr. Vertreter für Lydia Müller
Skall, Oliver

Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Löffler, Gerhard

Mitglieder Frauenliste

Zenkel, Petra Vertreterin für Maria Gerstner

Beratende Mitglieder

Feuerpfeil, Hermann Behindertenbeauftragter

Geladene Gäste

Fleischmann, Uwe Dr. Leiter des ärztlichen Kreisverbandes
Rudolph, Matthias Dr.

Weitere Gäste

Manfred Burdich Betriebsratsvorsitzender Frankwaldklinik
Heribert Pietz Betriebsrat Frankwaldklinik

Presse

Neue Presse/Fränkischer Tag

Verwaltung

Daum, Günter
Dr. Weiß, Helmut
Hable, Gisela
Müller, David
Schaller, Michael
Welsch, Sonja

Entschuldigt sind:

Mitglieder CSU-Fraktion

Öhring, Petra

Mitglieder SPD-Fraktion

Müller, Lydia

Mitglieder Frauenliste

Gerstner, Maria

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Informationen
- 2 Feststellung der rechtlichen und sachlichen Zuständigkeit und Festlegung des Aufgabenfeldes nach Erweiterung des Ausschusses
- 3 Unvorhergesehenes
- 4 Anfragen und Sonstiges

Landrat Oswald Marr eröffnet um 09:05 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales und Gesundheit fest.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Informationen

TOP 2 Feststellung der rechtlichen und sachlichen Zuständigkeit und Festlegung des Aufgabenfeldes nach Erweiterung des Ausschusses

Landrat Oswald Marr teilte mit, dass in der Kreistagssitzung am 02.12.2013 der Ausschuss Soziales in dieser Form, mit dem Zusatz „Gesundheit“ neu gegründet wurde. Der Auftrag des Kreistages solle heute ausgeführt und das Sachthema behandelt werden.

Landrat Oswald Marr verlas dazu den Beschluss des Kreistages vom 02.12.2013 und bat den Vertreter der antragstellenden Parten „Die Grünen“ Herrn Matthias Rudolph um eine Begründung des Antrages.

Matthias Rudolph erläuterte die Beweggründe seiner Partei, die zur Antragstellung geführt haben:

1. Die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten, insbesondere auch Hausärzten lasse, gerade auch hinsichtlich der Altersstruktur befürchten, dass in den nächsten Jahren ein erheblicher Mangel an Hausärzten im Landkreis Kronach auftreten und die Versorgung problematisch werde.
2. Der Weiterverkauf der Frankenwaldklinik an den Helios Konzern und den damit verbundenen Schwierigkeiten.

Diese beiden großen Themen sollten verstärkt von der Kommunalpolitik mitbeleuchtet werden. Herr Rudolph führte noch weitere Themen an, die im Ausschuss Gehör finden sollten, z.B. die Notarztversorgung und die Versorgung psychisch Kranker im Landkreis. Er erläuterte auch, dass er den Ausschuss Soziales und Gesundheit, gerade auch im Hinblick auf die Zuständigkeit, nicht unbedingt als beschlussfassendes Gremium sehe, sondern eher als eine Art vernetzende Struktur zwischen bestimmten Bereichen. Ggf. könne auch das ein oder andere Thema durch den Ausschuss politische Unterstützung finden.

Landrat Oswald Marr teilte dem Gremium mit, dass im Vorfeld durch die Verwaltung abgeklärt wurde in wie weit Zuständigkeiten und rechtliche Grundlagen bestehen. Er übergab dazu das Wort an Michael Schaller.

Michael Schaller erläuterte die Zuständigkeit des Landkreises Kronach im Bereich des Gesundheitswesens (eigener Wirkungskreis):

Die Zentrale Vorschrift für Aufgaben der Landkreise im Bereich des Gesundheitswesens sei Art. 51 Abs. 2 und 3 der Landkreisordnung (LKrO).

Demnach wären die Landkreise, unbeschadet bestehender Verbindlichkeiten Dritter, verpflichtet, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die erforderlichen Maßnahmen auf den Gebieten des Gesundheitswesens zu treffen. Es handele sich um eine Pflichtaufgabe. Allerdings habe der Art. 51 Abs. 2 LkrO im Bereich des Gesundheitswesens kaum noch praktische Bedeutung, weil es sich bei den Aufgaben der Landkreise, das Gesundheitswesen betreffend, regelmäßig um staatliche Aufgaben handele, für die die Vorschrift nicht gelte. Zu nennen wären etwa die Zuständigkeiten der Landratsämter als „Behörden für Gesundheit, Veterinärwesen, Ernäh-

„rungen und Verbraucherschutz“ nach den Vorschriften des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG). Ferner falle die „Beratungsstelle für Schwangerenfragen“ nach Art. 3 Abs. 1 und 3 des Bayr. Gesetzes über die Schwangerenberatung (BaySchwBerG) hierunter. Weitere Pflichtaufgaben der Landkreise, die unter diese Vorschrift fallen gäbet es nicht. Gemäß Art. 51 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 1 LKrO wären die Landkreise, unbeschadet bestehender Verbindlichkeiten Dritter, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, die erforderlichen Krankenhäuser zu errichten und zu unterhalten. Dies wäre eine weitere gesetzliche Pflichtaufgabe der Landkreise. Allerdings habe diese Vorschrift für den Landkreis Kronach keine Bedeutung, da die Frankenwaldklinik verkauft wurde. Im Ergebnis bedeute dies, dass für die Landkreise im Bereich des Gesundheitswesens fast keine Pflichtaufgaben mehr bestehen. Lediglich im staatlichen Bereich bestünden Aufgaben, die allerdings nicht unter diese Vorschrift fallen. Für die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung im Landkreis Kronach bestehe damit für den Landkreis Kronach keine Zuständigkeit. Hier wären gem §§ 72 ff SGB V die Kassenärztlichen Vereinigungen zuständig.

Marr betonte dass diese Prüfung nicht vorgenommen wurde, um Themen von vorneherein abzuwürgen, sondern, um festzustellen, welche Pflichten und Zuständigkeiten der Landkreis habe um damit eine Grundlage für die Aufgabenfindung des Ausschusses zu schaffen. Das Gremium könne auch eine beratende und vermittelnde Funktion haben.

Zum Thema Klinikverkauf erläuterte Marr, dass am 24. Februar die Entscheidung falle und ein Vertreter von Fresenius Helios nach dem Verkauf alle Kliniken besuchen wolle. Für den Bereich Kronach wurde vom Konzern ein Herr Jonas als zuständiger Mitarbeiter benannt. Einen konkreten Termin für den Besuch gäbe es noch nicht, evtl. solle dies an eine Betriebsversammlung gekoppelt werden, er werde als Landrat in jedem Falle dabei sein.

Dr. Uwe Fleischmann schlug vor, dass Forderungen des Landkreises an den zukünftigen Krankenhausbetreiber gestellt werden sollten. Er führte auch auf, dass eine Verjüngung der Ärzteschaft generell nur durch eine attraktive Region zu erreichen sei. Dazu gehöre sowohl das Angebot einer guten Ausbildung als auch Familienfreundlichkeit. In Bezug auf die zunehmende Feminisierung der Medizin sollten auch vermehrt Teilzeitangebote zur Verfügung gestellt werden. Es sei aufgrund der Strukturproblematik sehr schwer junge Ärzte, ohne bereits bestehende Bindung an den Landkreis Kronach, zum Ansiedeln in demselben zu bewegen.

Landrat Oswald Marr bestätigte die von Dr. Uwe Fleischmann genannte Problematik, die trotz der hohen Förderansätze von 60.000 Euro pro Niederlassung, bzw. 15.000 Euro pro Filialeröffnung bestehen bleibe.

Ein attraktives Modell sei in seinen Augen die Entstehung von Versorgungszentren, wie z.B. das kürzlich aus einer Privatinitiative heraus gegründete Versorgungszentrum in Pressig. Durch solche Gemeinschaftseinrichtungen können die Fixkosten niedrig gehalten und auch eine spürbare Entlastung hinsichtlich der Arbeitszeiten erreicht werden.

Der Betriebsratsvorsitzende der Frankenwaldklinik Manfred Burdich erhielt das Wort.

Herr Burdich führte auf, dass er die die Einwirkung des Ausschusses Soziales und Gesundheit in Bezug auf den Verkauf der Frankenwaldklinik, als sehr schwierig einschätze, da im Privatsektor eine gewisse unternehmerische Freiheit herrsche. Allerdings solle der Ausschuss in seinen Augen Impulse setzen.

Problematisch sei, dass der Investor, bzw. die Geschäftsführung nicht in der Region verwurzelt sei und demnach auch die Belange der hier lebenden Bevölkerung nicht kenne. Die angebotenen Leistungen der Klinik werden so nicht auf den tatsächlichen Bedarf abgestimmt. Hier könne die Kreispolitik allerdings Einfluss nehmen, wenn z.B. an den Klinikbetreiber Probleme und Erwartungen herangetragen werden.

Oliver Skall appellierte an die Vergrößerung des Meinungsbildes was z.B. durch die Einbeziehung von Patienten, Behindertenvertreter, etc erreicht werden könne. Die daraus resultierenden Ergebnisse können an den Betriebsrat übergeben werden. So könne die Bevölkerung über die Forderungen der Politik informiert und dadurch ein gewisser Druck aufgebaut werden.

Petra Zenkel verdeutlichte dem Gremium gegenüber den Standpunkt der Frauenliste, die sich generell gegen eine Privatisierung ausspricht. Betriebe würden gekauft und dann zerschlagen. Der Landkreis solle mehr Mut beweisen und von seinem Rückkaufsrecht in Bezug auf die Frankenwaldklinik, Gebrauch machen. Es müsse doch möglich sein, etwas kommunal zu führen, was wirtschaftlich sinnvoll ist. Der Rückkauf sei nur jetzt zu diesem Zeitpunkt möglich.

Landrat Oswald Marr führte auf, dass es laut Vertrag nur zwei Rückkaufsgründe gäbe, nämlich die Nichterfüllung des Versorgungsauftrages oder die Insolvenz des Betreibers. Beides sei bislang nicht der Fall. Außer den genannten Punkten könne die Klinik nur auf dem normalen Wege gekauft werden.

Er schlug des Weiteren vor, dass man erstmal abwarten solle, wie die Klinik unter Helios laufe und hierbei ein besonderes Augenmerk darauf legen, ob die Forderungen und die Erwartungen der Menschen im Frankenwald erfüllt werden.

Manfred Burdich führte gegenüber dem Ausschuss auf, dass die Einrichtung einer Ombudsstelle für die Beschwerden von Patienten, Personal und niedergelassenen Ärzten schon mehrfach an die Geschäftsführung der Klinik herangetragen wurde und sich ihm daher die Frage stelle, ob man eine solche Ombudsstelle nicht aus dem Ausschuss heraus einrichten könne. Des Weiteren wünsche er sich einen Impuls aus dem Ausschuss heraus für die Etablierung einer Tagesklinik für Demenzerkrankte, da dieses Krankheitsbild immer mehr zunehme.

Landrat Oswald Marr schlug vor, dass man prüfen solle, ob es hinsichtlich der Ombudsstelle bereits etwas Vergleichbares gebe und dann mit Helios, die an und für sich ein gutes Beschwerdemanagement haben, reden solle.

Dr. Uwe Fleischmann drückte den Wunsch aus, dass die Errichtung einer Weiterbildungsinitiative an den Klinikträger herangetragen werden solle. Diese könne allerdings nur gut sein, wenn dem Ausbildungskollegen über 5 Jahre Sicherheit geboten werden könne. Man bräuchte ein bis zwei Stellen zusätzlich und vor Ort auch jemanden der das Ganze in die Hand nehme. Aufgrund der Altersstruktur der niedergelassenen Ärzte bestehe hier allerdings Zeitnot.

Nach Meinung von Dr. Rudolph solle über die heute behandelten Schwerpunkte mit den dazu aufgeworfenen Problematiken/Wünschen ein schriftlicher Themenkatalog erstellt werden der demnach folgende Punkte umfassen solle:

1. Die Errichtung einer Weiterbildungsinitiative
2. Die Einrichtung einer Ombudsstelle
3. Die Verbesserung des Sozialdienstes an der Klinik
4. Geriatrie/Demenz.

Der Katalog solle dem Helios-Konzern zugeleitet werden.

Dr. Rudolph führte auch auf, dass die die Erwartungen der Hausärzte an eine Klinik die Sicherstellung einer guten Grundversorgung sei. Mit spezialisierten Leistungen machen private Unternehmen zwar Geld allerdings sind diese meistens für die hiesige Struktur nicht notwendig

Landrat Oswald Marr sprach mit einem Themenwechsel das Problem der Notarztversorgung im Landkreis an. Diese werde derz. über die Kassenärztliche Vereinigung abgewickelt. Es sei sehr schwierig Ärzte zu finden, die sich für einen Notdienst bereitstellen, da dies mit vielen Nachteilen, wie z.B. das Verlassen der Praxis während der Sprechzeiten, etc. verbunden sei. Gleichzeitig sprach er auch seinen Dank gegenüber den notdienstleistenden Ärzten im Landkreis aus.

Landrat Oswald Marr informierte das Gremium auch darüber, dass der Bezirk Oberfranken in Kronach eine Psychiatrische Klinik, evtl. in der Nähe der Frankenwaldklinik, errichten wolle.

Dr. Ralf Pohl und Oliver Skall sprachen sich für eine bessere Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Behandlung und generell für ein besseres Miteinander zwischen Hausärzten und Klinik aus.

Dr. Fleischmann gab in dieser Hinsicht allerdings zu Bedenken, dass sich alte Strukturen nicht so schnell aufbrechen lassen.

Die Mitglieder des Gremiums sprachen sich für eine Ausformulierung der heute aufgeworfenen Problematiken aus. Dieser Themenkatalog solle dann dem Helios-Konzern nach der Übernahme vorgelegt werden.

Gerhard Wunder, der den Vorsitz der Sitzung ab 10:30 Uhr übernommen hatte, teilte mit, dass die Fragen aus dem heutigen Sitzungsprotokoll herausgezogen und somit entsprechend formuliert werden können.

TOP 3 Unvorhergesehenes

TOP 4 Anfragen und Sonstiges

Um 10:35 Uhr schließt stellvertr. Landrat Gerhard Wunder die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit.

Oswald Marr
Landrat

Sonja Welsch
Schriftführer/in